

# Wir brauchen eine glaubwürdige Energiepolitik

Autor(en): **Leuenberger, Moritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **83 (2003)**

Heft 3

PDF erstellt am: **01.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166843>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

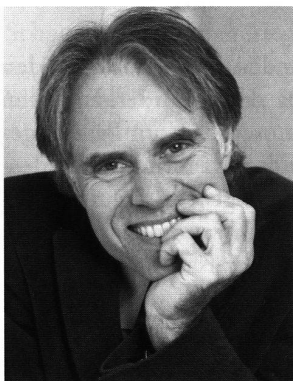
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**Moritz Leuenberger**, Bundesrat, Vorsteher  
des Eidgenössischen Departements für Um-  
welt, Verkehr, Energie und Kommunikation

## WIR BRAUCHEN EINE GLAUBWÜRDIGE ENERGIEPOLITIK



Die Beiträge im Dossier dieses Heftes befassen sich mit den beiden Atominitiativen, die am 18. Mai zur Abstimmung kommen, und sie zeigen, wie nötig es ist, unsere Energiepolitik ganz grundsätzlich neu zu gestalten.

Ausstiegsinitiativen sind in der Schweiz bis heute

nie angenommen worden, wohl weil der Mut zu einem Schritt fehlte, der uns zwänge, 37 Prozent unserer Stromproduktion anderswo zu beschaffen. Eine Moratoriumsinitiative hingegen hat es da leichter: Sie verhindert zwar neue KKW, aber niemand muss vorläufig auf etwas verzichten, und niemand wird gezwungen, zu handeln. Irgendwie wird's dann schon gerichtet, denkt sich der Strauss. Die jetzt zur Diskussion stehende Initiative «MoratoriumPlus» ist

*Irgendwie wird's dann schon gerichtet,  
denkt sich der Strauss.*

mehr als ein blosser Aufschub. Sie gibt ebenfalls einen Fahrplan vor, wie der Ausstieg auf absehbare Zeit zu organisieren ist: Nach vierzig Jahren muss sich jedes KKW einer strengen Sicherheitskontrolle und einer (fakultativen) Referendumsabstimmung stellen.

Würden alle Schweizer KKW nach diesen vierzig Jahren vom Netz gehen, so müssten wir in den kommenden zwanzig Jahren die 37 Prozent KKW-Strom schrittweise ersetzen. Konkret hiesse das eigentlich: Wir hätten die Wasserkraft auszubauen, einheimische erneuerbare Energien zu fördern, rationelle Energienutzung voranzutreiben usw. Das alles ist wünschbar. Doch den Glauben, wonach all diese sinnvollen Folgen sich zwingend aus der «MoratoriumPlus»-Initiative ergäben, mag ich nicht so recht teilen. Was ist

denn in den vergangenen Jahren nicht alles abgelehnt worden! Der Solarrappen, die Förderabgabe, die bescheidenen Lenkungsabgaben im Elektrizitätsmarktgesetz, jeder Ansatz zu einer ökologischen Steuerreform. Alle energiepolitischen Dialoge sind gescheitert, die Lagerung von radioaktiven Abfällen am Wellenberg ist verworfen worden, und schon nur gegen die blossen Sondierungen in Benken gibt es heftigen Widerstand.

Eine neue Energiepolitik ist erst glaubwürdig, wenn sie erneuerbare Energien wirklich fördert und nicht bei jedem Windrad und Staudamm landschaftschützende Argumente dann doch wieder wichtiger sind; sie ist erst umsetzbar, wenn nicht bei jedem Förderbeitrag dem eigenen Portemonnaie der Vorzug gegeben wird; und sie ist erst nachhaltig, wenn der radioaktive Abfall in der Schweiz gelagert wird.

Erst wenn wir in unserer Mehrheit auch tatsächlich bereit sind, solche Szenarien zu verwirklichen, ist ein Moratorium, wie es die Initiative vorschlägt, glaubwürdig. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass wir den fehlenden Strom, statt ihn im eigenen Land zu produzieren, einfach importieren. So würden wir uns selbst gleich doppelt täuschen. Ist es ebenfalls Atomstrom, erhöhen wir unsere Sicherheit keineswegs: Ein Unfall im Ausland betrifft ja auch uns, Tschernobyl hat es gezeigt. Ist es Strom aus ausländischen Kohle-, Gas- oder Ölkraftwerken, bewirken wir mit dem Moratorium gerade das Gegenteil einer nachhaltigen Energiepolitik: Wir fördern den CO<sub>2</sub>-Ausstoss und verstärken so den Treibhauseffekt.

Moratorium kommt aus dem Lateinischen und heisst «Pause». Mit einem blossen Aufschub haben wir jedenfalls noch gar nichts getan. Deswegen ist es, ganz unabhängig davon, ob die Initiative angenommen oder abgelehnt wird, die imperative Aufgabe, eine glaubwürdige Energiepolitik zu verwirklichen. Atomare Abfälle müssen gelagert werden, erneuerbare Energien müssen zur Verfügung stehen, und es muss weniger CO<sub>2</sub> ausgestossen werden. Erst wenn wir eine solche Energiepolitik nicht nur propagieren, sondern auch tatsächlich umsetzen, sind wir glaubwürdig. ♦